

9. JULI 1962
TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

F/XVII/139

Bonn, den 9. Juli 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 3a

Unaufhaltsamer Vormarsch

88

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

2 - 3

Hat die Luft wirklich keine Balken?

68

Flugpersonal ist überfordert

Eine Lehre aus den Flugkatastrophen der letzten Zeit

4 - 6

Mehr Schutz den Müttern ! (I)

119

Wir brauchen ein modernes Mutterschutzgesetz

Wissenswertes zu einem Gesetzentwurf der

Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion

Von Dr. Hildegard Schulz

* * *

* *

Chefredakteur Günter Markscheffel

Unaufhaltsamer Vormarsch

Zum Ergebnis der Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen

sp. - Ein Drittel der Wähler in der Bundesrepublik hat am letzten Sonntag sein Votum abgegeben. Das bevölkerungsreichste und wirtschaftsmächtigste Land Nordrhein-Westfalen hatte seinen Landtag neu zu berufen. Das Ergebnis ist eindeutig, es kommt fast einem politischen Erdbeben gleich. Die Sozialdemokratie ist der eindrucksvolle Sieger dieser Wahlen. Mit 90 Mandaten, davon 74 Direktmandate, zieht sie in den neuen Landtag von Düsseldorf ein und mit 43,5 Prozent aller abgegebenen Stimmen erreichte sie an Rhein und Ruhr einen bisher nie gekannten Höchststand. Der Stimmenunterschied zwischen den beiden Haupttrivaleuten, der SPD und der CDU, ist im Vergleich zu den Landtagswahlen von 1958 von rund 900.000 auf 250.000 Stimmen reduziert worden.

Der unaufhaltsame Vormarsch der SPD umfasste, von ganz winzigen Ausnahmen abgesehen, das ganze Land. Wahlbezirke, die die CDU viele Jahre als Erbhöfe ansah, sind nun im Besitz ihres grossen, ihr auf den Fersen bleibenden Konkurrenten. Besonders auffallend sind die Wahlgewinne in den ländlichen und in überwiegend katholischen Gebieten. Im Kreis Siegburg, um nur ein Beispiel herauszugreifen, beträgt der Stimmenzuwachs der SPD im Vergleich zu 1958 mehr als sechs Prozent; das sind zwei Prozent mehr als der Landesdurchschnitt!

Die Sozialdemokratie in Nordrhein-Westfalen führte einen sachlichen und zielstrebigem Wahlkampf, orientiert an den vielfältigen ungelösten Problemen dieses Landes. Sie stellte die nicht mehr zu verschiebenden Lösungen der Gemeinschaftsaufgaben in den Vordergrund. Die industriellen Ballungsgebiete an Rhein und Ruhr bieten ein reichliches Anschauungsmaterial darüber, was getan werden muss und nicht mehr weggeschoben werden kann, um den Notwendigkeiten der zweiten industriellen Revolution gerecht zu werden. Fragen des Verkehrs, der allgemeinen Volksgesundheit, der Verbesserung unseres Schulwesens und das Problem einer nicht einmal in Konturen sich abzeichnenden, aber für das Land lebenswichtigen Energiepolitik gaben bei den Überlegungen der Wähler den Ausschlag.

Die Regierung Meyers liess es, die Gefahr erkennend, zwar nicht an Worten fehlen. Aber Worte, denen keine Taten folgen, werden von politisch bewussten Bürgern eben nicht honoriert. Die CDU entschloss sich, sozusagen in letzter Stunde, zu einigen Kraftakten, wie der Grundsteinlegung einer neuen Universität in Bochum und zur Erhöhung der Beamtengehälter - doch blieb all diesem die Wirkung versagt. Es war allzusehr auf die wahlpolitischen Bedürfnisse einer Regierung zugeschnitten, der eine das Ganze umfassende landespolitische Konzeption fehlte und die in Bonn auch nicht mit dem nötigen Nachdruck auftrat, um auf dem Gebiete der Energiepolitik kräftige Impulse geben zu können.

Was schon die Bundestagswahlen vom 15. September 1961 offenbarten, setzte sich am letzten Sonntag verstärkt fort; der Schrumpfungsprozess der CDU ist nicht mehr aufzuhalten. Diese Partei hat für viele ihr bisher

zugetane Wähler die Attraktion verloren, und das gilt besonders für die jüngere Wählergeneration. Diese entschied sich in grossen Mehrheiten für die SPD, für eine Partei, die ruhig, selbstbewusst, der Gegenwart und der Zukunft zugewandt, ihren Weg in eine gesicherte deutsche Zukunft beschreitet. Es gibt keine Naturgesetze in der Politik. Die CDU glaubte, sie hätte einen Anspruch darauf, stets die absolute Mehrheit zu erhalten. Dieser Irrglaube wurde am 17. September und nun an diesem, für die Deutsche Politik bemerkenswerten 8. Juli gründlich widerlegt.

Es gab innerhalb dieser Partei mächtige Strömungen, die den 17. September als "einmaligen Betriebsunfall" betrachteten, der zu korrigieren wäre; der 8. Juli wird sie nun eines Besseren belehren. Diese grosse Partei wird sich daran gewöhnen müssen, sich künftig so zu verhalten, wie es andere demokratische Parteien auch tun müssen, aufgeschlossener, toleranter und im echten Wettbewerb stehend.

Die Freien Demokraten stehen - auch das ist ein Ergebnis der Landtagswahlen von Nordrhein-Westfalen - am Trümmerfeld hochgespannter Erwartungen und ausgeklügelten Berechnungen. Sie haben dies in erster Linie dem Herrn Mende und jenen Managern in Politik zu verdanken, deren Zickzackkurs bei den Wählern nicht ankam. Zerstoben ist der Gewinn dieser Partei bei den Bundestagswahlen, ja, sie konnte nicht einmal den ohnehin niedrigen Stand von 1958 halten. Sie bekam die Quittung für ihre Kaltlosigkeit, für ihre Farblosigkeit in sozialen Fragen und für ihre allzu klug angelegte Rechnung des Stimmenfangs. Mende schoss Eigentore ins eigene Netz; die zuletzt vor den Wahlen ausgesprochenen Drohungen gegen den Bestand der Koalition in Bonn wirkten nach allem, was bei der Regierungsbildung im Herbst vergangenen Jahres an Wählerbetrug und grundsatzlosem Verhalten erfolgt war, als eine Schaumschlägerei. Rechnet Mende mit der Vergesslichkeit der Wähler? Dieser Mann und seine Umgebung verkannten auch die soziale Grundstimmung, die durch unser Volk geht und die gekennzeichnet ist durch das Verlangen nach sozialer Sicherheit und einem gerechten Anteil an allem, was die Gesamtheit des Volkes geschaffen hat und schafft.

Bei der künftigen sozialen, politischen und wirtschaftlichen Gestaltung des volkreichsten Landes der Bundesrepublik geht es um ein Stück Deutschland und um ein Stück Europa. Die Wähler dieses Landes wollen das gegenwärtige Bonner Regierungsmodell nicht auf Düsseldorf übertragen wissen. Sie wollen eine sozial betonte Regierung, die ihre Kräfte auch mit Blick auf das werdende Europa hin auf die innere, alle Bereiche umfassende Festigung dieses Landes konzentriert und unvermeidliche Anpassungsprozesse in harmonische Bahnen lenkt. Die dem Ganzen dienende und verpflichtete Sozialdemokratie an Rhein und Ruhr hält sich für diese Aufgabe bereit, sie wartet, gestärkt durch den Wahlausgang des 8. Juli, gemeinsam mit anderen an das Heute und Morgen denkenden demokratischen Kräften auf ihre Stunde.

Hat die Luft wirklich keine Balken?

H.N. - Für den internationalen Luftverkehr war das Jahr 1961 kein erfreulicher Zeitabschnitt. Bei zahlreichen Flugunfällen kamen rund 1 200 Menschen ums Leben. Es ist nach der bisher vorliegenden Katastrophen-Bilanz keineswegs ausgeschlossen, dass das laufende Jahr einen neuen Höchststand der Verlustzahlen bringen wird. Mehrere, zeitlich dicht aufeinanderfolgende Abstürze von Grossraum-Transportern haben die Öffentlichkeit alarmiert und die Frage aufgeworfen, wie es um die Sicherheit im planmässigen Luftverkehr nun eigentlich bestellt ist.

Die Gesellschaften behaupten zwar, die Unfallhäufigkeit sei dem Anstieg der effektiven Beförderungsleistung nicht im gleichen Ausmass gefolgt. Auch im "Katastrophenjahr 1961" sei beim Transport von jeweils 100 000 Passagieren nur eine einzige Person tödlich verletzt worden. Damit liege die Unfallquote des Luftverkehrs erheblich unter den Vergleichswerten anderer Verkehrseinrichtungen, ausgenommen die Eisenbahnen auf dem amerikanischen und europäischen Kontinent. Von letzteren allerdings ist gleichfalls zu sagen, dass sie durch eine Häufung von Unglücksfällen einen gewissen Vertrauensverlust der sich an hohen Sicherheitsanforderungen orientierenden Verkehrsteilnehmer zu beklagen haben. Dennoch sind die Experten einhellig der Meinung, dass der Luftverkehr längst noch nicht jenen Zuverlässigkeitsgrad aufweist, der nach dem derzeit hohen Stand der Technik ohne weiteres erreichbar wäre.

Die amtlichen Untersuchungen der Flugzeugabstürze bezeichnen fast stets "menschliches Versagen" der Besatzungsmitglieder als die unfallauslösende Ursache. Die Tatsache, dass über 80 Prozent aller Flugstörungen auf Start- und Landevorgänge entfallen, wird als statistischer Beweis für die Richtigkeit dieser These ins Treffen geführt. Fehlreaktionen des Flugpersonals aber sind in der Regel nur das letzte Glied einer weiterreichenden Kette von sicherheitswidrigen Vorkommnissen. Diese vorgeschalteten Fehlerquellen aber sind weitaus unfallträchtiger als der den betroffenen Flugzeugbesatzungen nachträglich vorgeworfene Mangel an Aufmerksamkeit oder Disziplin. Man kann sich mitunter des deprimierenden Eindrucks kaum erwehren, als habe man im fliegenden Personal, das fast stets zu den Katastrophenopfern gehört, einen wehrlosen "Sündenbock" gesucht und gefunden.

9. Juli 1962

Dass die wahren Unfallursachen ganz woanders liegen können, vermag eine einzige Überlegung anzudeuten. Bei den Geschwindigkeiten moderner Strahlflugzeuge kann bei den veralteten Methoden des Funksprechverkehrs und der Flugsicherung im Lufthafen-Nahbereich unter Einschluss der Reaktionsverzögerung in der Flugzeugsteuerung eine Verkehrsmaschine über eine Distanz von 12 bis 15 km der Bodenkontrolle völlig entgleiten. Man denke hierbei an den Zusammenstoss zweier Düsen-Clipper über dem unmittelbaren Stadtgebiet New Yorks vor gar nicht allzu langer Zeit. Die Flugweg-Überwachung ist offensichtlich dem Tempo der neuzeitlichen Strahltransporter nicht mehr gewachsen.

Aber auch in der Pilotenkanzel ist trotz weitgehend automatisierter Steuerungs- und Navigationshilfen keine wirklich "eingebaute Sicherheit" zu sehen. Weit über 100 Kontrallinstrumente hat das fliegende Personal in jeder Phase des Flugbetriebs unter Beobachtung zu halten und unter gegebenen Umständen in Bruchteilen von Sekunden in entscheidende manuelle Reaktionen umzusetzen. Doch kein einziges von ihnen erfüllt den Zweck, blitzschnell und jede Täuschung ausschliessend die Besatzung über das Vorhandensein und die Ursache einer gefährlichen Flugsituation zu informieren.

Mit wachsender Fluggeschwindigkeit aber verkürzen sich die der Besatzung verfügbaren Reaktionszeiten. Ihre Chance, Fehler oder Lücken der Boden-Leitstellen rechtzeitig und unfall-verhindernd auszugleichen, werden immer geringer. Hinzu kommt die steigende Kompliziertheit der flugsicheren Beherrschung der die Gewichtsgrenze von 100 Tonnen bereits überschreitenden Grossraum-Transporter. Die Besatzungen, die heute die denkbar beste Ausbildung geniessen und sich härtesten Ausleseprüfungen unterziehen müssen, werden unter den derzeit gegebenen Umständen menschlich einfach überfordert. Man sollte endlich begreifen: über die Sicherheit des modernen Luftverkehrs wird nicht am Himmel, sondern am Boden entschieden. Und das ist gewiss eine nur allzu leichtfertige Abwälzung der Verantwortung, wenn hinterher gesagt wird: für den Absturz eines Verkehrsflugzeuges sei "menschliches Versagen" des fliegenden Personals ursächlich gewesen. Tote können sich nicht wehren. Man sollte sich daher hüten, ihre Gedanken durch einen bequemen Schuldspruch an tragischen Luftkatastrophen zu trüben.

Mehr Schutz den Müttern ! (I)

Von Dr. Hildegard Schulz

Jährlich sterben in der Bundesrepublik 12 000 Mütter im Wochenbett oder an Folgen der Geburt.

20 Prozent aller berufstätigen Frauen haben Frühgeburten, und eine nicht exakt überwachbare Zahl hat darüber hinaus noch Fehlgeburten.

Die Zahl der Frühgeburten erhöht sich von Jahr zu Jahr. 60 Prozent der Mütter von Frühgeburten der letzten Jahre hatten mindestens bis zum 8. Schwangerschaftsmonat gearbeitet.

30 000 Neugeborene sterben trotz aller medizinischen Fortschritte und hygienischen Verbesserungen im ersten Lebensjahr.

Das sagten die Ärzte auf ihren Kongressen der letzten Jahre.

In der Bundesrepublik sind sieben Millionen Frauen berufstätig. Sie sind aus der Wirtschaft nicht mehr wegzudenken. Die Frage der ausserhäuslichen Erwerbstätigkeit der Mütter gehört darum zu den schwierigsten Problemen unserer Zeit. Immer haben Mütter "mitgearbeitet": die Frau des Bauern, des Handwerkers und des Geschäftsmanns. Sie hatten nicht wie heute einen reinen Verbraucherhaushalt, sondern wirkten in der Produktion mit. Dabei waren Produktionsstätte und Haushalt räumlich vereint. Erst mit der fortschreitenden Industrialisierung und den Nachkriegeswichtverhältnissen ist die "Mitarbeit" zu einem dringenden Sozialproblem geworden, weil Arbeitsplatz und Haushalt an getrennten Orten liegen. Dabei unterliegen die Mütter nicht nur einer Doppelbelastung, sondern ihr Arbeitsrhythmus im Berufsleben wird von der Maschine und dem organisierten Produktionsverlauf bestimmt.

Die Frauen sind an freigewordene Arbeitsplätze der Männer getreten. Arbeitsplätze, die für den Einsatz männlicher Arbeitskräfte eingerichtet waren und darum häufig dem weiblichen Organismus unzutraglich sind.

Ein trauriger Rekord

So kam es, dass die Bundesrepublik, das Land des Wirtschaftswunders, in Beziehung auf Mütter- und Säuglingssterblichkeit wenig wunderbar dasteht. Schon 1954 liess der Bericht der Weltgesundheitsorganisation erkennen, dass die Müttersterblichkeit in unserem Lande höher ist als in den meisten Ländern der Welt. In der traurigen Bilanz der Müttersterblichkeit aller Länder der Erde steht das Land Nordrhein-Westfalen an dritter Stelle. Zum Vergleich seien die entsprechenden Zahlen der benachbarten Länder angeführt. Während in Nordrhein-Westfalen 154 Mütter von 100 000 Säuglingen sterben müssen, sind es im unmittelbar benachbarten Holland nur 41, in Dänemark 43, in Grossbritannien 44, in Frankreich 55, in Belgien 71, in der Schweiz 76 und in Österreich 97. Im Bundesdurchschnitt sterben 108 Mütter von 100 000 Säuglingen im Wochenbett. In der zivilisierten Welt weist die Bundesrepublik hinter Japan die höchste Müttersterblichkeit auf.

Immer häufiger kommt es auch zu Frühgeburten, weil selbst die jungen Mütter schon unter einer geschwächten Konstitution leiden und wenn sie ein Kind zur Welt gebracht haben, sind sie oft gesundheitlich völlig verausgabt, so dass sich als unmittelbare Folge ernstliche Erkrankungen einstellen. Es gibt genügend alarmierende Anzeichen: Die Herz- und Kreislauferkrankungen gehen bei Frauen sprunghaft in die Höhe. 70 bis 80 Prozent der ärztlichen Atteste für Frauen, die zu Kuren in die Heime des Müttergenesungswerkes eingewiesen werden, lauten auf "völlige körperliche und nervliche Erschöpfung".

Verpflichtung des Grundgesetzes

Es steht fest, dass jede fünfte berufstätige Frau eine Frühgeburt erleidet. Aber auch bei den nichtberufstätigen Nur-Hausfrauen ist dies bei jeder zehnten Frau der Fall. Das sind Zahlen, die doch sehr zu denken geben.

Welches sind die Ursachen?

Die Ärzte sagen, es liegt am ungenügenden Mutterschutz für die berufstätigen Frauen.

In unserem Grundgesetz ist in Artikel 6 verankert, dass jede Mutter Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft hat. Die oben aufgeführten Fakten zeigen uns jedoch, dass der Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft noch längst nicht ausreichend sind für die Ansprüche eines Kulturvolkes.

Das Mutterschutzgesetz vom 24. Januar 1952, dessen Zustandekommen die SPD betrieben hat, hat den Schutzanspruch der berufstätigen Mütter weitgehend gesichert. Obwohl dieses Gesetz damals von uns für ein gutes Gesetz gehalten wurde, reicht es für die heutige Zeit nicht mehr aus. Nicht nur die Erfahrungen, die wir in zehn Jahren mit diesem Gesetz machten, sondern auch die betriebliche, arbeitsrechtliche und bevölkerungsstrukturelle Entwicklung sowie neue medizinische Erkenntnisse und Erfordernisse machen es notwendig, das Mutterschutzgesetz von 1952 zu ergänzen.

Die SPD fordert mit ihrem im Parlament eingebrachten Gesetzesentwurf einen besseren Mutterschutz für die erwerbstätigen Mütter und darüber hinaus die Ausdehnung der Mutterschaftshilfe auf alle Mütter.

Schutzfrist von sechs auf zehn Wochen erhöhen

Als erste wichtige Verbesserung dieses Gesetzesentwurfs ist die Verlängerung der Schutzfrist vor der Niederkunft von sechs auf zehn Wochen vorgesehen, um damit der Gefahr von Frühgeburten entgegenzuwirken. Das bisher geltende Mutterschutzgesetz gab der berufstätigen

Frau die Möglichkeit, auf die Schutzfrist vor der Niederkunft dann zu verzichten, wenn sie sich in der Lage fühlte weiterzuarbeiten. Sie hatte allerdings das Recht, während der sechs Wochen Schutzfrist vor der Niederkunft zu jeder Zeit diese Entscheidung zu widerrufen.

Die Erfahrungen, die mit dieser Regelung gemacht wurden, haben gezeigt, dass die werdenden Mütter die Gefahren, die durch die Weiterarbeit entstanden, nicht richtig einzuschätzen wussten. Vor allen Dingen war es ihnen als medizinische Laien nicht möglich, selbst zu beurteilen, welche gesundheitlichen Schädigungen für ihr eigenes zukünftiges Leben und für das Leben ihres Kindes daraus erwachsen konnten. Der Gesetzentwurf der SPD sieht aus diesem Grunde ein absolutes Beschäftigungsverbot während der zehnwöchigen Schutzfrist vor. Eine einzige Ausnahme ist für die Hausgehilfinnen gegeben, die im Haushalt des Arbeitgebers wohnen. Ihnen soll es auf Wunsch gestattet sein, bis zu vier Wochen vor der Niederkunft zu arbeiten, damit sie nicht gezwungen sind, ihre gewohnte Unterkunft aufzugeben und dadurch möglicherweise in eine Notlage geraten, die darin besteht, dass sie keine Ersatzwohnung finden. Vier Wochen vor der Niederkunft ist es jedoch möglich, in Entbindungskliniken als "Hauschwangere" aufgenommen zu werden. Grundsätzlich soll die Hausgehilfin durch das Mutterschutzgesetz nicht anders behandelt werden als die übrigen berufstätigen Frauen.

Die Erfahrungen der letzten zehn Jahre haben gezeigt, dass diejenigen Schwangeren, die selbst gekündigt haben, viele Rechte aus dem Mutterschutzgesetz verloren, oft aus Unkenntnis der gesetzlichen Vorschriften. Bei freiwilliger Kündigung können sie nach geltendem Recht nicht die volle Arbeitsloserunterstützung beziehen und waren andererseits in ihrem Zustand nicht mehr arbeitsvermittlungsfähig. Bei Feststellung dieser letzten Tatsache verloren sie den Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung ganz. Dadurch führten sich die betreffenden Frauen schwer benachteiligt. Das geltende Recht (Mutterschutzgesetz von 1952 in Verbindung mit dem Arbeitslosenversicherungsgesetz) liess diesen Sonderfall unberücksichtigt. Der neue SPD-Gesetzentwurf hat darum die arbeitslosen "werdenden Mütter" voll in den Mutterschutz einbezogen.

+ + +

(wird fortgesetzt)